



Landtags-Infoblatt

Naturschutzgesetz mit groben Mängeln

Claudia Klimt-Weithaler: „Profitinteressen waren oft wichtiger als Naturschutz“

Am 16. Mai 2017 hat Landtag eine Neufassung des steirischen Naturschutzgesetzes beschlossen. In vielen Punkten stellt das Gesetz einen Rückschritt dar, konstruktive Vorschläge wurden nicht berücksichtigt. Besondere Gefahr droht dem Grazer Grüngürtel, dem nun eine Verbauung droht. Die KPÖ stimmte aufgrund der Mängel gegen das neue Gesetz.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler verweist auf die groben Mängel des Gesetzes, das in einzelnen Punkten auch Verbesserungen bringt. 45 % des Grazer Stadtgebietes sind als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. War es bisher notwendig, dass Bauten in dieser Zone von der Baubehörde an den Naturschutzbeauftragten zur Überprüfung und Genehmigung geschickt wurden, soll jetzt unter dem Deckmantel der „Verwaltungsvereinfachung“ die Baubehörde selbst für die Einhaltung der naturschutzrechtlichen Bestimmungen bei der Genehmigung von Bauvorhaben zuständig sein.

„Es ist ein großer Fehler, ein für alle Steirerinnen und Steirer wichtiges Thema wie den Naturschutz hinter verschlossenen Türen zu



Der Schutz der Natur ist ein wichtiges Anliegen der Steirerinnen und Steirer. Viel Kritik gibt es am neuen Naturschutzgesetz.

behandeln. Eine Begutachtung hätte die Möglichkeit geboten, viele Mängel zu beheben. Oft waren Profitinteressen wichtiger als der Naturschutz. Das hinterlässt einen bitteren Beigeschmack“, sagt Klimt-Weithaler.

Der Grazer KPÖ-Raumordnungssprecher Manfred Eber wies darauf hin, dass mit diesem Zugeständnis an die Bauwirtschaft der Begriff Landschaftsschutz zu einer leeren Worthülse verkommt.

Ein weiterer – entscheidender – Mangel des neuen steirischen Naturschutzgesetzes ist, dass viele Details – wie schon beim Gesetz über die Wohnunterstützung – über Verordnungen geregelt werden, nicht durch das Gesetz selbst. Verordnungen werden ohne Einbindung des Landtags beschlossen. Deshalb bedeutet diese Vorgangsweise auch einen Verlust von Transparenz und Kontrolle. Eine völlige Freigabe erfolgt für Handymasten und Hochspannungsleitungen, die künftig nicht mehr ins Landschaftsbild integriert werden müssen. Darüber hinaus dürfen Schutzgebiete und sogar Bäume künftig mit (Wahl-)Werbung veranstaltet werden. Auch wenn einige Regelungen Verbesserungen darstellen, etwa beim Schutz der Moore, wurde für den Naturschutz nicht die beste Lösung gefunden.

KURZMELDUNGEN

Kinder- und Jugendrechte ernst nehmen!

Claudia Klimt-Weithaler nutzte Präsentation des Jahresberichts der Kinder- und Jugendanwaltschaft, um auf offene Probleme in diesem Bereich hinzuweisen. Sie erinnerte dabei an eine Forderung der KPÖ:

Unter dem Titel „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“ hat sich der Landtag auf Initiative der KPÖ 2012 dazu bekannt, „Kinderlärm“ nicht mehr als Belästigung im rechtlichen Sinne anzuerkennen. Mit dem Verweis darauf wurden zuvor Kinderbetreuungseinrichtungen und Spielplätze verhindert. In der Steiermark wurden entsprechende Schritte gesetzt. Die KPÖ erneuerte ihren Antrag, auch mit dem Bundesgesetzgeber Gespräche zu führen, um im AGBG entsprechende Änderungen vorzunehmen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Pensionen: keine Gerechtigkeit für Mütter

Die groß verkündete „Ausgleichszulage Plus“ im Pensionsrecht stellt sich als Rohrkrepierer heraus. Angekündigt wurde: Wer 30 Jahre gearbeitet, aber zu wenig verdient hat, bekommt ab 2017 1.000 Euro Pension. Tatsächlich kommen gerade 949 Euro netto heraus. Und auch das trifft nur auf Alleinstehende zu, Witwen oder Witwer sind ausgenommen. Kindererziehungszeiten werden nicht angerechnet. Viele Frauen, die Kinder großgezogen haben, erreichen diese 30 Jahre nicht. Die KPÖ hat versucht, die Landesregierung zu überzeugen, sich für eine gerechtere Lösung einzusetzen. SPÖ, ÖVP und FPÖ lehnten ab.

KPÖ für Ausstieg aus profitorientierter Pflege

Klimt-Weithaler: „Pflege ist zum Geschäft geworden, Pflegebedürftige bleiben auf der Strecke“

In einem aktuellen Bericht zeigt die Volksanwaltschaft teilweise gravierende Missstände in Pflege- und Altenheimen auf. Dabei handelt es sich nicht um individuelle Fehler in der Betreuung, sondern um strukturelle Probleme, besonders im Bereich privater, profitorientierter Heime. Die KPÖ drängt seit Jahren darauf, aus diesem System auszusteigen. Der Bericht war am 16. Mai auch Anlass für eine Debatte im steirischen Landtag.

In keinem österreichischen Bundesland gibt es so viele stationäre Pflegeheime wie in der Steiermark und auch nur annähernd so viele gewinnorientierte. Diese sind auch für die enormen Kostensteigerungen verantwortlich: Lagen die Ausgaben des Landes und der Gemeinden für die gewinnorientierten Heime 2005 noch bei 96 Mio. Euro, sind sie 2013 auf 267 Mio. Euro angestiegen und

haben sich damit in nur acht Jahren beinahe verdreifacht. Im selben Zeitraum sind die Kosten für die landeseigenen Heime nur um 58 % gestiegen.

Der zuständige Landesrat Christopher Drexler gab in seiner Wortmeldung überraschend zu, dass das Land Steiermark die Weichenstellungen für das heutige Pflegesystem in einem „Blindflug“ beschlossen habe. Es sei allerdings nicht möglich, diese unter SPÖ-Führung ausgelöste Privatisierung des Pflegewesens einfach rückgängig zu machen. In der vergangenen Periode wurde eine große Lösung für die Problematik der Pflegefinanzierung in Aussicht gestellt. Die Verträge sind für das Land offenbar so ungünstig, dass auch Landesrat Drexler (ÖVP) den Ausstieg aus diesem System in Aussicht gestellt hat. Entlar-



vend ist, dass die Branchenvertretung in der Wirtschaftskammer von „pauschaler Verunglimpfung“

spricht, statt die Kritik zum Anlass für Verbesserungen zu nehmen.

„Gesundheitsökonom“ berechnen, wie viel Zeit dem Fachpersonal etwa zum Bettenmachen und Verbandswechsel zu genehmigen ist (Prozessoptimierung). Den Ländern obliegt die Aufsichtspflicht und Kontrolle über die Pflegeeinrichtungen. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Die Pflege ist leider teilweise zu einem reinen Geschäft geworden. Anteile an steirischen Pflegeheimen wurden sogar schon als Investment beworben. Bezahlt wird aber alles von der Öffentlichkeit. Die

pflegebedürftigen Menschen bleiben in diesem System auf der Strecke. Wir brauchen einen Ausstieg aus dem gewinnorientierten System, Pflege darf kein Geschäft sein. Wir sehen dank der Volksanwaltschaft, wohin das führt.“

In einem Antrag – der keine Mehrheit fand – forderte die KPÖ die Landesregierung auf,

- die Verträge nach dem derzeitigen Normkostenmodell mit den privaten Pflegeheimen in der Steiermark, die nicht ausschließlich gemeinnützig orientiert sind, umgehend zu kündigen und
- dem Landtag ehestmöglich ein Konzept vorzulegen mit dem die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel für die stationären Pflegeeinrichtung mittelfristig auf öffentliche und gemeinnützige Heimträger beschränkt wird, um in Zukunft auszuschließen, dass öffentliche Gelder zur Subventionierung privater Gewinne verwendet werden.

Wohnunterstützung: SPÖ hält an missglückter Regelung fest

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr im Petitionsausschuss des Landtags: „Einrechnung der Familienbeihilfe ist Abkassieren bei den Kindern.“

In der Sitzung des Petitionsausschusses des steirischen Landtags am 9. Mai standen erneut zwei Petitionen auf der Tagesordnung, die sich mit den Mängeln der „Wohnunterstützung“ beschäftigen. Die Petitionswerberinnen, die KPÖ mit Elke Kahr sowie die IG Kultur, erläuterten den Mitgliedern des Ausschusses, warum eine Rückkehr zur alten Form der Wohnbeihilfe eine sozialpolitische Notwendigkeit darstellt.

Bei der ersten Petition handelte es sich um jene 10.000 Unterschriften für eine Rückkehr zur alten Regelung der Wohnbeihilfe, die die KPÖ im Dezember dem Landtag übergeben hat. Zwar wurden in der Zwischenzeit Verbesserungen am Gesetz vorgenommen, doch für die überwiegende Mehrheit bedeutet die neue Form der Unterstützung nach wie vor eine eklatante Verschlechterung gegenüber der alten Wohnbeihilfe. KPÖ-Stadträtin Elke Kahr un-

termauerte ihre Kritik an der aktuellen Wohnunterstützung durch mehrere Beispiele: Eine Alleinerzieherin, die zuvor 126 Euro Wohnbeihilfe erhielt, hat nun gar keinen Anspruch mehr. Eine weitere Alleinerzieherin, der 1403 Euro zur Verfügung stehen, erhielt früher 155 Euro, nun nur noch 62 Euro. Kahr berichtete auch von einer Familie, die vor Einführung der Wohnunterstützung 194 Euro erhielt und nun gar keine Unterstützung mehr erhält.

„Die Nachjustierung für Mindestpensionisten war wichtig, aber die geschilderten Fälle zeigen, dass weitere Korrekturen nötig sind. Vor allem die Einberechnung der Familienbeihilfe ist ein echter Tabubruch. Viele Arbeiterfamilien hätten nie eine Chance auf eine menschenwürdige Unterkunft gehabt, wenn das früher so gewesen wäre“, erinnerte Elke Kahr Landesrätin Kampus (SPÖ) an den Grund für die Einführung der Familienbeihilfe.

Ähnlich die Forderung der IG Kultur, die ebenfalls im Ausschuss ihre Forderungen präsentierte. Petitionswerber Stefan Hafner beschrieb die Lage vieler im Kulturbetrieb Beschäftigten, die oft unter prekären Bedingungen leben und arbeiten. Der Verlust der Wohnbeihilfe macht es für Betroffene noch schwieriger. „Man fühlt sich als Betroffener extrem beschämt, dass man in so einer Situation ist“, ergänzte Hafner.



es nicht genügend erschwingliche Wohnungen in der Steiermark gibt, ist die Wohnbeihilfe unverzichtbar. Die Abschaffung war ein schwerer Fehler. Mit dieser Politik trägt das Land dazu bei, dass den Menschen immer weniger Geld zum Leben bleibt.“

Eine weitere Petition wurde eingebracht, sie wird in den nächsten Wochen im Ausschuss behandelt werden.

Auch die steirische Arbeiterkammer befasst sich mit der Wohnunterstützung. Gegen einige Bestimmungen ist darüber hinaus eine Verfassungsbeschwerde anhängig, eine Entscheidung wird Herbst 2017 erwartet. Es steht somit fest, dass sich Landesrätin Kampus (SPÖ) weiterhin mit ihrem Gesetz beschäftigen muss.

SPÖ-Landesrätin Kampus zeigt sich von den geschilderten Fällen betroffen, fügte aber hinzu, dass diese nicht mit ihrer „Aktienlage“ übereinstimmen. KPÖ-Labg. Claudia Klimt-Weithaler, Vorsitzende des Petitionsausschusses: „So lange

Kleinschulen: Weiter Widerstand gegen Schließung

„Entscheidung überdenken – Kleinschulen sind Lebensnerven der Regionen!“

Gegen die Schließungen weiterer steirischer Kleinschulen – seit 2011 gibt es in der Steiermark eine Schulschließungswelle – regt sich unverminderter Widerstand. Am 9. Mai wurden im Petitionsausschuss des Landtags zwei qualifizierte (von über 100 Personen unterstützte) Petitionen –behandelt.



Claudia Klimt-Weithaler

In den Ortschaften Falkenstein (Fischbach) und Etmüßl (Thörl) gibt es massiven Widerstand gegen die Schließung der Volksschulen. Die Landesregierung hat Eltern und Kinder vor vollendete Tatsachen gestellt, obwohl es in beiden Fällen gute Argumente gibt, die Schulen nicht zuzusperren. Das wurde auch im Petitionsausschuss deutlich. Die Schließungen finden statt, weil angeblich die formalen Kriterien dafür erfüllt sind.

Für die Volksschule in Falkenstein sprach Melanie Rohrhofer. Sie kritisierte Ungereimtheiten rund um das Schließungsverfahren. Die Schule hat ein vorbildliches pädagogisches Konzept und ist laut Bundesministerium eine Leuchtturmschule, die ein gelungenes Beispiel für die Einbindung von Kindern mit Behinderungen darstellt. Mit externen Schülern wäre eine Weiterführung möglich, für die Gemeinden würden kaum Mehrkosten entstehen. Zudem fällt für Falkenstein der einzige Treffpunkt im Ort weg. Die vor der Schließung stehende Schule in Etmüßl wurde 2008 umfassend saniert. Die Schule in Thörl, wohin die Schulkinder im kommenden Jahr übersiedeln sollen, ist hingegen sanierungsreif. Der Wechsel findet während des Umbaus statt.

SPÖ-Bildungslandesrätin Lackner erwiderte, dass das Land eigentlich sechs Schulen schließen wollte und die Betroffenen daher die Beweglichkeit der Regierung anerkennen sollten. An der Schließung ändere dies aber nichts. Für die KPÖ sind die Schulschließungen aus bildungspolitischer und pädagogischer Perspektive in keiner Weise gerechtfertigt. Auch die Folgen für die künftige Entwicklung der drei betroffenen Ortsteile werden ausgeblendet. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Die Schließung

von Schulen hat viele negative Auswirkungen. Die Kinder müssen lange Schulwege in Kauf nehmen und die Gemeinden werden systematisch ausgehungert. Die Schulen sind der Lebensnerv vieler Regionen. Gerade in Kleinschulen findet Unterricht in hoher Qualität statt.“

Seit Jahren beschränkt sich die Bildungspolitik des Landes Steiermark auf das Schließen von Schulen. Der vor einigen Jahren vorgestellte Bildungsplan enthält zwar positive Zielsetzungen, umgesetzt werden allerdings ausschließlich Einsparungen. Die Kinder gehören zu den ersten, die die verfehlte Budgetpolitik des Landes ausbaden müssen. Das wird an den Beispielen von Etmüßl und Falkenstein besonders deutlich.

Expositurklassen wären ein Ausweg

Auf Bundesebene wird durch das Schulorganisationsgesetz die Möglichkeit eingeräumt, von einer Schule losgelöste Expositurklassen einzurichten. Diese Bestimmung ist für genau jene Kleinschulen gedacht, die in der Steiermark nach und nach verschwinden. In den Erläuterungen zum Schulunterrichtsgesetz heißt es: „Expositurklassen werden primär dort eingerichtet werden können, wo eine Schule geschlossen werden muss und keine andere Schule im Ort existiert, der diese Klasse/n angeschlossen werden könnte/n. In diesem Fall solle die Expositurklasse einer selbständigen Schule zugeordnet sein, welche die erforderliche Infrastruktur zur Verfügung zu stellen habe...“

Diese Bestimmung wurde auch im steirischen Pflichtschulor-

ganisationsgesetz übernommen, nicht aber im steirischen Pflichtschülerhaltungsgesetz. Schullandesrätin Ursula Lackner (SPÖ) weigert sich, Expositurklassen zuzulassen. Begründet wird dies von ihr damit, dass eine Expositurklasse nur in „verkehrungünstiger Lage“ zulässig sei und auch dann nur im Verband mit einer anderen Schule auf Gemeindegebiet. Damit widerspricht sie deutlich der Intention des Bundesgesetzgebers. Claudia Klimt-Weithaler: „*Statt eine Schule nach der anderen zu schließen, sollte das Land Expositurklassen einrichten, wo keine eigenständige Schule mehr geführt werden kann. Die gesetzlichen Grundlagen dafür sind bereits vorhanden, der Landtag müsste lediglich das Pflichtschülerhaltungsgesetz anpassen.“*



SPÖ und ÖVP haben jedoch gegen eine Gesetzesänderung gestimmt. Damit wird die Welle der Schulschließungen in den ländlichen Regionen der Steiermark ihre traurige Fortsetzung finden.

Die Grünen stellten sich ebenfalls gegen Expositurklassen. Darüber hinaus setzten sie sich im Anschluss für den Ausbau des Privatschulwesens ein.

PPC Insulators Frauental: Land soll Betrieb weiterführen

Bis Jahresende soll Unternehmen PPC Insulators, bekannter als die vor rund 100 Jahren gegründete Porzellanfabrik Frauental (Bezirk Deutschlandsberg), wegen zu geringer Profite geschlossen werden. 160 Arbeitsplätze sind dann weg. Obwohl sich das Land Steiermark, die AK und der ÖGB betroffen zeigen, passiert einfach das Übliche: Sozialplan und Arbeitsstiftung. Dazu der steirische Arbeiterkammerrat Kurt Luttenberger (GLB-KPÖ): „*Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen wollen keine Sozialpläne und Arbeitsstiftungen – sie wollen ihre Arbeit in ihrer Region behalten! Das Land Steiermark, AK und ÖGB müssen sich viel offensiver diesen Problemstellungen widmen.“* Der Vorschlag von GLB und KPÖ: Bund und/oder Land sollen PPC Insulators erwerben und Weiterführen. Immerhin schreibt das Unternehmen schwarze Zahlen. Die hohe Qualität der erzeugten Produkte und ein gar nicht kleiner fixer Binnenmarkt würden dies rechtfertigen. KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „*Die Schließung ist die Folge des rücksichtslosen Ausverkaufs der*

österreichischen Industrie, der im Vorfeld des EU-Beitritts begonnen hat. Eine Übernahme durch die öffentliche Hand ist geboten.“

Bundesforste: Aus für Arbeitsplätze droht

Die Österreichischen Bundesforste sind für über 15 % der Waldfläche Österreichs verantwortlich. Kerngeschäft ist die Forstwirtschaft. Die in Staats-eigentum befindliche Aktiengesellschaft beschäftigt ca. 1100 Personen. Jedes Jahr werden über 1,5 Mio. Festmeter Holz geerntet.

Nun droht eine Ausgliederung der Holzschlägerung. KPÖ-LAbg. Werner Murgg übt Kritik an dieser Vorgangsweise: „*Die Arbeitsplätze im Bereich der Bundesforste dürfen nicht angetastet werden. Eine Ausgliederung soll die Beschäftigten in ungünstigere Arbeitsverhältnisse drängen. Gleichzeitig rühmt sich Bundeskanzler Kern, 20.000 prekäre Jobs für ältere Arbeitslose zu schaffen. Wichtiger wäre es, existenzsichernde Arbeitsplätze zu erhalten, anstatt noch mehr Menschen in Billigjobs zu drängen.“*

Fernwärmeversorgung im Großraum Graz: LH-Stv. Schickhofer bleibt Antwort schuldig

LAbg. Werner Murgg warnte in Dringlicher Anfrage vor Preiserhöhungen und möglichem Versorgungsengpass

In der Mai-Landtagssitzung richtete KPÖ-LAbg. Werner Murgg eine Dringliche Anfrage an Landeshauptmann-Stellvertreter Michael Schickhofer zur Zukunft der Fernwärmeversorgung im Großraum Graz. Wenn der Vertrag mit dem Verbund über die Fernwärme-lieferung ab dem Winter 2020 ausläuft droht ein Versorgungsengpass. Graz benötigt in einem durchschnittlichen Winter ca. 500 MW Fernwärme. Den Großteil davon liefert das Fernheizkraftwerk Mellach – allerdings nur bis ins Jahr 2018, dann wird das Kraftwerk eingemottet.

Anschließend übernimmt ein neuer Gaskessel in Mellach die Fernwärmeerzeugung, aber nur bis 2020. Danach wird mit der erzeugten Fernwärme der südsteirische Raum versorgt. Mit der Abschaltung eines Blockes des Kraftwerks Mellach fällt ein wesentlicher Teil der nötigen Fernwärme weg. Maximal 45 MW liefert Sappi, 220 MW das Grazer Kraftwerk „Puchstraße alt“, 160 bis 180 MW das Kraftwerk „Puchstraße neu“. Beide werden von der EStAG betrieben. Allerdings wurde vor der Errichtung kommuniziert, das neue Kraftwerk diene lediglich als Ausfallreserve für Spitzenlasten. Tatsächlich ist künftig mit einem Parallelbetrieb in den Wintermonaten zu rechnen. Schickhofer widersprach der Darstellung der EStAG. Um die Versorgung von Graz zu



Werner Murgg

Lieferverträge mit dem Verbund betrifft.

Werner Murgg: „Die Fernwärmeaufbringung nach Auslaufen des Vertrages mit dem Verbund wird zu einem deutlichen Preisanstieg führen. Es ist zu befürchten, dass die Mehrkosten auf die Haushaltskunden übergewälzt werden.“

Die KPÖ forderte ein langfristiges Konzept für die Fernwärmeversorgung für den Großraum Graz über 2020 hinaus. Damit sollen langfristig für die Haushalte sozial verträgliche Fernwärmepreise garantiert werden, die maximal mit dem Verbraucherpreisindex steigen dürfen. SPÖ, ÖVP und FPÖ stimmten im steirischen Landtag gegen diesen Antrag, obwohl laut LH-Stv. Schickhofer starke Preiserhöhungen ausgeschlossen seien und ein Konzept vorliege.

gewährleisten, müssen aber ab 2020 beide Kraftwerke parallel betrieben werden. Die Informationen Schickhofers über weitere Fernwärmequellen blieben vage, er berief sich auf das Projekt „Big Solar“, das nicht rechtzeitig in Betrieb gehen wird, sowie auf „Vertraulichkeit“, was die

KPÖ: Licht und Schatten bei neuer Regelung für Wetten

Standards bei Spielerschutz dürfen nicht gelockert werden!

Nach der Neuregelung des „Kleinen Glücksspiels“ folgt nun auch die Neufassung des Gesetzes über Sport- und Live-wetten. Der vorliegende Gesetzesentwurf lässt in vielen Punkten zu wünschen übrig. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Im Gesetz fehlen noch wichtige Bestimmungen, wie etwa eine Obergrenze für Wetteinsätze. Die Schutzbestimmungen dürfen nicht unter

die Standards zurückfallen, die beim Automatenspiel gelten.“ Klimt-Weithaler hofft, dass in den weiteren Verhandlungen und im Zuge der Begutachtung noch Verbesserungen vorgenommen werden, bevor das Gesetz beschlossen wird.

Grobe Missstände bei Glückspielautomaten

Grobe Missstände wurden in der Zwischenzeit im Zusam-

menhang mit dem Automaten-glücksspiel bekannt. Das steirische Glücksspielgesetz sieht als eine der wichtigsten Maßnahmen zum Schutz von Spielsüchtigen vor, dass sich Spieler jederzeit selbst sperren können. Diese Schutzmaßnahme wird nicht von allen Anbietern in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise umgesetzt. Der KPÖ liegt das Formular eines (legalen) Spiellokals vor, das eine



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

unbegrenzte Sperre erst nach einjähriger Wartezeit zulässt.

Wohnen darf nicht **arm** machen.

Parlamentarische Bürgerinitiative an den Österreichischen Nationalrat

Jeder Mensch hat das Recht auf leistbares, sicheres, zeitgerechtes Wohnen.

Wir fordern:

- Einheitliche, niedrigere Obergrenzen für Mieten!
- Abschaffung der Maklerprovision für Mieterinnen und Mieter!
- Keine Privatisierungen öffentlichen Wohnraums!
- Ausweitung des kommunalen, öffentlichen Wohnbaus!

Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift

